

21.06.2017



RESOLUTIONSANTRAG

des Abgeordneten Kainz

zur Gruppe 2 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2017,
LT-1595/V-5-2017

betreffend **Umsetzung der Digitalisierungsstrategie Niederösterreich**

Immer mehr Lebensbereiche erfahren einen digitalen Wandel. Die Digitalisierung führt zur Integration modernster Informations- und Kommunikationstechnologien mit klassischen physischen Produkten, neuen Leistungen und Arbeitsprozessen, durch die auch neue Geschäftsmodelle entstehen, neue Märkte erschlossen werden, aber auch neue Arbeitsmodelle und neue Möglichkeiten und Herausforderungen für die Gesellschaft.

Im wirtschaftlichen Bereich wird dieser Wandel oft als „Industrie 4.0“, „Wirtschaft 4.0“, als das „Internet der Dinge“ oder als „vierte industrielle Revolution“ bezeichnet. Aber auch in anderen Bereichen des täglichen Lebens sind immer mehr digitale und automatisierte Anwendungen zu finden: Das beginnt bei der Ausbildung unserer Kinder mithilfe von „Smarten Schultafeln“, geht über die Arbeitswelt, dem Einkaufs- und Freizeitverhalten bis hin zur laufenden Kontrolle von Gesundheitswerten von älteren Personen. Daran kann erkennen, dass diese Entwicklung den Alltag der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher schon erfasst hat.

Schon in der Vergangenheit wurden seitens des Landes Niederösterreich Maßnahmen gesetzt, damit man für diesen Wandel gerüstet ist: So wurde ein niederösterreichisches Modell zur Versorgung mit leistungsstarken Glasfaser-Breitband-Internet entwickelt, gemeinsam mit Wirtschaftskammer und der Industriellen Vereinigung Niederösterreich wurde für die heimischen Unternehmen eine Veranstaltungsreihe gestartet oder es wurden auch Betriebe mit speziellen

Förderaktionen unterstützt. Außerdem wurde eine Spin-off Strategie entwickelt, die den Rahmen bietet verstärkt technologieaffine Gründungen zu fördern.

Im heurigen Frühjahr hat Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner verstärkte Aktivitäten des Landes Niederösterreich rund um die Digitalisierung angekündigt und zur besseren Koordination die Geschäftsstelle Technologie & Digitalisierung ins Leben gerufen. Diese Geschäftsstelle soll sich zur Kommunikations- und Koordinationsplattform sämtlicher Digitalisierungssagenden des Landes NÖ entwickeln um Chancen, Herausforderungen, Schwierigkeiten oder Möglichkeiten, die sich durch diese technologischen Entwicklungen ergeben, zu behandeln und Optionen für begleitende Maßnahmen zu erarbeiten.

Um einen Überblick über die Maßnahmen sowie deren Auswirkungen auf den Haushalt des Landes Niederösterreich zu haben, ist die Erstellung einer eigenen Digitalisierungsstrategie Niederösterreich samt den zu erwartenden finanziellen Notwendigkeiten zielführend.

Losgelöst davon wurden durch den Auf- und Ausbau des niederösterreichischen Hochschulwesens, die Angebote der Cluster für Unternehmen sowie das Technopolprogramm wurden wichtige Einrichtungen und Maßnahmen geschaffen, die sowohl für die Aus- und Weiterbildung der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher als auch zur Unterstützung von Unternehmen bei ihren F&E-Aktivitäten wertvolle Dienste leisten. Mit diesen Initiativen werden Schwerpunkte im Bereich Digitalisierung umgesetzt.

Der Gefertigte stellt daher folgenden

A n t r a g :

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1. Die Landesregierung wird aufgefordert aufbauend u.a. auf den bereits gesetzten Schritten im Bereich Wirtschaft 4.0, Breitband, Technopolprogramm, Cluster eine Digitalisierungsstrategie Niederösterreich mit konkreten Maßnahmen sowie den finanziellen Auswirkungen bis Ende des Jahres zu erstellen. Außerdem wird die Landesregierung aufgefordert die erforderlichen finanziellen Bedeckungen einzuplanen.

2. Die Landesregierung wird ebenfalls aufgefordert an die österreichische Bundesregierung heranzutreten und diese aufzufordern, die neuen Chancen und Herausforderungen im Zusammenhang mit der Digitalisierung in den Lehrplänen zu verankern und Vorkehrungen zu treffen, dass die Schulen mit dem dafür notwendigen Inventar ausgestattet werden. Außerdem soll eine Evaluierung des österreichischen Hochschulwesens stattfinden und gegebenenfalls neue Studien- und Lehrgänge rund um Entwicklungen, die mit der Digitalisierung passieren, ermöglicht werden.“